

*Stellungnahme des Instituts für deutsche  
Sprache zur Rechtschreibreform*

In den letzten beiden Jahren ist die Diskussion um eine Reform der deutschen Rechtschreibung wieder heftiger geworden. Den Kern der Auseinandersetzung bildet die Frage, ob die gemäßigte Kleinschreibung, die in den sogenannten 'Wiesbadener Empfehlungen' formuliert und bereits 1958 von der ständigen Konferenz der Kulturminister befürwortet wurde, in den Schulen eingeführt werden soll.

Gemäßigte Kleinschreibung ist für Germanisten eine vertraute Sache. Wurde doch ein großer Teil der wissenschaftlichen Arbeiten in diesem Fach bis in das Jahr 1932 hinein in Kleinschreibung veröffentlicht. Selbst im großen mehrbändigen Wörterbuch der Brüder Grimm werden Nomina nicht nur im Wörterverzeichnis, sondern auch in den aus der Literatur entnommenen Belegstellen zu den einzelnen Lexikoneinträgen klein geschrieben.

Es wird häufig vergessen, daß die Anfänge der Großschreibung ins Mittelalter zurückgehen, wo sie als Signalschreibung zur Hervorhebung der Eigennamen und der Satz- und Versanfänge entstand, und daß sie dann in unregelmäßiger Weise gehandhabt wurde, wobei die Buchdrucker der Barockzeit die Großbuchstaben in erster Linie zur Ausschmückung des Schriftbildes benutzten. Großschreibung war lange Zeit für fast alle Wortarten erlaubt, bis vor noch nicht hundert Jahren verbindliche Regeln zur Großschreibung eingeführt wurden.

Im April 1973 hat das Institut für deutsche Sprache eine Stellungnahme zur Rechtschreibreform abgegeben, die wir an dieser Stelle wiederholen möchten:

Das Institut für deutsche Sprache tritt auf Beschluß seines Kuratoriums gemäß dem Vorschlag seiner Kommission für Rechtschreibfragen für eine Rechtschreibreform im Sinne der Wiesbadener Empfehlungen ein, das heißt für eine liberalisierte Regelung der Zeichensetzung, der Silbentrennung, der Fremdwortschreibung und insbesondere für die Einführung der gemäßigten Kleinschreibung, wie sie international üblich ist.

Es teilt die Meinung der Kulturminister, daß eine solche Reform in Übereinstimmung mit allen deutschsprachigen Ländern durchgeführt werden sollte. Mit der Einführung der Reform sollte in der Grundschule begonnen werden.